

Brief an das Fiff

Westliche Zivilisation

Liebe Mitglieder des Fiff, liebe Leserinnen und Leser,

es heißt, Mahatma Gandhi sei einmal gefragt worden, was er von der westlichen Zivilisation halte. Das wäre eine gute Idee, habe er geantwortet.

Gandhi hatte Gründe für diese skeptische Einschätzung; er musste erleben, wie zunächst südafrikanische und später, in Indien, britische Behörden und Sicherheitskräfte damals die Interessen der Regierung gegen die Bevölkerung durchsetzten. Von dem, was sonst im 20. Jahrhundert in Europa geschah, nicht zu reden. Doch heute gelten andere Standards der Menschen- und Bürgerrechte. Heute wäre das undenkbar.

Wirklich undenkbar? Vor kurzem wurde der Bericht des Geheimdienstsausschusses des US-Senats veröffentlicht, der dokumentiert, in welchem Umfang der Geheimdienst CIA Verdächtige gefoltert hat. Folter galt Ende des 20. Jahrhunderts als absolut geächtet – niemals kann es legitim sein, Menschen zu foltern, um Informationen oder Geständnisse damit zu erzwingen.

Heute scheint dies anders zu sein. Menschen, die als „Terroristen“ verdächtigt werden, werden „verschärften Verhörmethoden“ ausgesetzt, vorgeblich um Anschläge zu verhindern. Auch der Bericht, der diese Praxis kritisiert, betont nicht zunächst eine Haltung, die Folter ächtet, sondern fragt zuerst nach der Effektivität solcher Methoden für die Terrorismusbekämpfung. Früher galt in Demokratien der Konsens, dass Folter absolut verboten ist – heute ist sie offenbar erlaubt, wenn sie nur ihren vorgeblichen Zweck des *Kriegs gegen den Terror* erfüllt. Das Folterverbot gerät zum Lippenbekenntnis.

Doch es ist noch schlimmer. Im Mittelalter wurden Menschen verbrannt, weil sie beschuldigt wurden, Ketzer oder Hexen zu sein. Davor stand die Inquisition – zweifelsfrei kein Verfahren, das heutigen menschenrechtlichen Standards genügt hätte.

Heute wird selbst auf dieses Verfahren verzichtet. Menschen werden heute, ohne jedes Verfahren, im Feuer von *Hellfire*-Raketen verbrannt, weil sie für „Terroristen“ gehalten werden. Einzelne dieser Menschen mögen tatsächlich gefährlich sein – doch auch sie hatten nach bisher akzeptierten Standards das Recht auf ein faires Verfahren. Es ist alarmierend, dass der unerklärte *Krieg gegen den Terror* offenbar bereits hinter den menschen-



rechtlichen Standards des Mittelalters zurückbleibt. Zu Beginn seiner Amtszeit versprach US-Präsident und Friedensnobelpreisträger Barack Obama noch, das Gefängnis in Guantánamo zu schließen. Dieses Versprechen hat er nicht gehalten. Doch heute werden Verdächtige nicht mehr inhaftiert, sondern gleich getötet.

Die Empörung darüber in der Bevölkerung, in Europa und in den USA, hält sich in Grenzen. Die Tötung von Menschen durch Drohnen erfährt beachtliche Akzeptanz – *wir müssen doch etwas gegen Terrorismus unternehmen!* Dass hier Menschen teilweise grausam getötet werden, ohne Verfahren und aufgrund unsicherer Eigenschaften, bleibt allzu oft im Hintergrund. Dass die *Signature Strikes* häufig auch Unschuldige treffen, tut ein übriges. Zu recht trauern wir um die Opfer des Terrorismus, nicht nur in Europa. Doch wir sollten auch um die unschuldigen Opfer des *Kriegs gegen den Terror* trauern – weit über 1 Million Menschen, wie eine gerade herausgegebene Studie festgestellt hat.

Bekannt wurde dies zunächst durch Veröffentlichungen und Enthüllungen von Wikileaks und Edward Snowden. Der Film *Citizen Four*, der Snowdens Enthüllungen thematisiert, wurde im Februar mit dem Oscar ausgezeichnet. Auch ich habe mich zunächst darüber gefreut, dass den Berichten über eine Menschenrechtsverletzung, der ein großer Teil der Weltbevölkerung ausgesetzt ist, diese Ehrung zuteil wird – ein neuer Höhepunkt nach vielen Ehrungen, der Snowden in den letzten Monaten erhalten hat.

Denke ich jedoch weiter, kommen mir Zweifel. Bis heute haben die Enthüllungen von Edward Snowden keine substanziellen politischen Konsequenzen nach sich gezogen. Im Gegenteil – die Ausspähung der Bevölkerung wird weitergeführt und sogar noch ausgebaut. So gesehen sind die wiederholten Preise fast schon so etwas wie eine Verhöhnung der Menschen, die Tag für Tag ausgespäht werden, während, statt zu Handeln, immer wieder nur folgenlos darüber berichtet und debattiert wird.

Dennoch schmälert das nicht den großen Verdienst Edward Snowdens und der ihn unterstützenden Journalistinnen und Journalisten – allen voran Laura Poitras und Glenn Greenwald. Doch die Enthüllungen und der Umgang damit zeigen vor allem, dass Menschenrechte gerne hinter politischen „Notwendigkeiten“ zurücktreten, wenn es opportun erscheint.

Wir dürfen dabei aber nicht in den Fehler verfallen, mit dem Finger auf die USA zu zeigen. Einiges spricht dafür, dass auch deutsche Dienste und Behörden Ausspähung, Folter und Drohnenmorde unterstützen, von ihnen profitieren oder sie stillschweigend dulden. In unserer *FifF-Konferenz 2014* haben wir auch die deutsche Beteiligung mit Hilfe von hochkarätigen Referentinnen und Referenzen aufgearbeitet – die Zusammenfassungen ihrer Referate bilden den Schwerpunkt dieses Hefts. Die Schwierigkeiten, denen sich beispielsweise der NSA-Untersuchungsausschuss gegenüber sieht, zuletzt nach einer Intervention des britischen GCHQ, dem die Ermittlungen des Untersuchungsausschusses ein Dorn im Auge sind, sind ein beredtes Zeichen für die menschen- und bürgerrechtspolitischen Prioritäten der Bundesregierung.

Während dessen bricht sich in Deutschland eine Mischung aus allgemeiner politischer Unzufriedenheit und dumpfem Nationalismus Bahn: PEGIDA, die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ und ihre regionalen Ableger hatten zeitweise großen Zulauf – inzwischen scheinen ihre wöchentlichen „Spaziergänge“ wieder abzuebben. Doch das ist sicher noch nicht das Ende. Die Einstellungen, die PEGIDA zugrunde liegen, sind nicht neu und werden auch nach PEGIDA fortbestehen. Bestätigt werden sie durch Publikationen wie von Thilo Sarrazin und durch Spitzenpolitiker, die Gesprächsangebote an PEGIDA formulieren – wohl in der Hoffnung, Wählerstimmen abzuschöpfen.

Einer, der mit den „besorgten Bürgern“ von PEGIDA reden wollte – „privat“, wie er beteuerte – war der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. Kritiker des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP hält er dagegen für „hysterisch“. Damit stellt er sich gegen ca. 1,5 Millionen Teilnehmer an der *Selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative*, durch die das Quorum einer „richtigen“ *Europäischen Bürgerinitiative* weit überschritten wurde. Doch die EU-Kommission hatte diese kurzerhand für unzulässig erklärt – damit wird dieses stumpfe Schwert der Bürgerbeteiligung, das von Einigen schon als Durchbruch europaweiter Demokratie gefeiert wurde, endgültig zum Witz. Es zeigt aber auch, wie kaltschnäuzig mit solchen Bürgerbegehren umgegangen wird, wenn dem andere Interessen entgegenstehen.

Worum es bei TTIP geht, sollte inzwischen deutlich geworden sein. Es geht eben nicht darum, dass wir mit Chlorhühnchen überschwemmt werden, eine angebliche Auswirkung von TTIP, mit der dessen Gegner gerne lächerlich gemacht werden, sondern es geht angesichts des Investitionsschutzabkommens und privater Schiedsgerichte um die Zukunft unseres Rechtsstaats.

Beispiel Datenschutz: Gerne wird von TTIP-Befürwortern vorgebracht, es gehe in dem Abkommen überhaupt nicht darum. Das mag vordergründig stimmen – wenn aber der Datenschutz,

ebenso wie Umwelt- oder Verbraucherschutz – als nichttarifäres Handelshemmnis eingestuft wird – von privaten Schiedsgerichten, gegen die kein Rechtsbehelf möglich ist –, kann er leicht ausgehebelt werden.

Möglicherweise hat auch dies PEGIDA Unterstützer zugeführt. Es mag unterschiedliche Motive geben, sich ihr anzuschließen, vielleicht auch die Unzufriedenheit mit politischen Entwicklungen wie Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Doch wer, um gegen Sozialabbau zu demonstrieren, sich einer Initiative „gegen die Islamisierung des Abendlandes“ anschließt und gleichzeitig behauptet, nichts gegen Muslime zu haben, muss sich fragen lassen, ob er überhaupt weiß, was er da tut – und ob nicht seine gesellschaftspolitischen Maßstäbe ein wenig verrutscht sind.

Zurück zur IT. Für das IT-Sicherheitsgesetz liegt nach langen Jahren der Diskussion nun ein Entwurf vor. Bundesinnenminister Thomas de Maizière hatte erklärt, die „weltweit sicherste“ IT in Deutschland zu schaffen. Abgesehen von der Frage, was dies angesichts der Passivität der Bundesregierung bei der Aufarbeitung des geheimdienstlichen Ausspähskandals bedeutet: Es kann nicht ausschließlich um Sicherheit gehen. Das Ziel muss sein, IT-Sicherheit schaffen und sie mit der Wahrung der Bürgerrechte in Einklang zu bringen.

An dem Spannungsfeld zwischen IT-Sicherheit und Vorratsdatenspeicherung entzündete sich so auch gleich eine Debatte, bei der unsere Vorschläge kritisiert wurden. Doch wir bleiben dabei: Wir wenden uns strikt gegen die Vorratsdatenspeicherung, sehen aber die Notwendigkeit, zur Analyse von langfristigen Angriffsbildern IP-Adressdaten zu speichern: zeitlich strikt begrenzt und pseudonymisiert. Das hat nichts mit der anlasslosen Speicherung der Daten von Millionen von Internetnutzern zu tun, nach der immer wieder schnell gerufen wird, wenn ein schreckliches Attentat geschieht.

Das IT-Sicherheitsgesetz ist nur eines der Themen, mit dem wir uns in unserer Kampagne Cyberpeace auseinandersetzen. Durch Aktionen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen wollen wir uns weiter gegen die Militarisierung des Internet wenden. Im Zentrum stehen die 14 Forderungen, die in der letzten Ausgabe der *FifF-Kommunikation* und auf unserer Kampagnenseite *cyberpeace.fif.de* nachzulesen sind. Dort finden sich auch aktuelle Hinweise auf unsere Aktionen. Unsere Kampagne nimmt dabei immer mehr Fahrt auf – wir freuen uns, dass wir Thomas Reinhold als Campaigner für die Kampagne gewinnen konnten, der auch schon mehrfach für die *FifF-Kommunikation* geschrieben hat, dieses Mal unsere regelmäßige Kolumne *Betrifft: Cyberpeace*. Herzlich willkommen!

Auch die Planung unserer *FifF-Konferenz 2015* nimmt Formen an. Sie wird vom 6. bis 8. November 2015 unter dem Leitmotiv *Kommerzialisierung des Sozialen: Markt und Macht im Zeitalter der digitalen Kompletterfassung* in Erlangen stattfinden. Prof. Dr. Felix Freiling und sein Team werden ein Programm zusammenstellen, das die Reise dorthin lohnt.

Mit *FifF*igen Grüßen

Stefan Hügel

